

Globale Lebensmittelsicherheit im Kontext der einseitigen Zwangsmaßnahmen

Die Ernährungssicherheit, die Beseitigung des Hungers, die Förderung der nachhaltigen Entwicklung und die Steigerung von Produktionskapazitäten der Landwirtschaft sind heute von besonderer Bedeutung.

Nach Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hungern heute etwa 690 Millionen Menschen bzw. 8,9% der Weltbevölkerung. Es sind 10 Millionen Menschen mehr als im vorigen Jahr und fast 60 Millionen mehr als vor fünf Jahren.

Der ähnliche Aufwärtstrend ist auch im Bereich der Verbreitung des akuten Mangels an der Ernährungsunsicherheit zu verzeichnen, was auch das Ausmaß des Hungers im globalem Maßstab widerspiegelt. Drei Milliarden Menschen – fast 40% der Weltbevölkerung – haben keinen Zugang zur ausreichenden Ernährung.

Die wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 haben die ohnehin schwierige Situation im Lebensmittelversorgungsbereich verschärft – die zusätzlichen 140 Millionen Menschen leiden heute von der Nahrungsmittelknappheit.

Dies gefährdet die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Die Welt liegt beim Erreichen des nachhaltigen Entwicklungsziels 2 „Kein Hunger“ im Rückstand. Wenn sich der Trend fortsetzt, wird die Zahl der Hungernden in der Zeit bis zum Jahr 2030 die 840-Millionen-Marke überschreiten.

Laut FAO lag der Durchschnittswert vom FAO-Lebensmittelpreisindex im September 2021 bei 130,0 Punkten, was 32,8% mehr als im September letzten Jahres ist. Der Index-Anstieg im September war hauptsächlich von den Preiserhöhungen bei den meisten Getreidesorten und Pflanzenölen bedingt. Gemäß der FAO-Prognose wird die weltweite Getreideproduktion im Jahr 2021 trotz eines historischen Höchststands das bestehende Verbrauchsvolumen nicht erreichen.

Nach Einschätzungen der UN-Agenturen, die am 4. Oktober 2021 veröffentlicht wurden, steht die Welt vor einer beispiellosen katastrophalen Stufe der Ernährungsunsicherheit. Es werden schätzungsweise 6,6 Milliarden US-Dollar dringend benötigt, um 41 Millionen von Hunger gefährdeten Menschen zu unterstützen.

Belarus hat immer einen wesentlichen Beitrag zur globalen Ernährungssicherheit geleistet. Die belarussischen landwirtschaftlichen Produkte und Lebensmittel werden in mehr als 100 Länder der Welt exportiert. Doch der anscheinend unüberlegte Sanktionsdruck seitens der westlichen

Länder auf Belarus gefährdet nicht einmal unser Land, sondern die globale Ernährungssicherheit. In der Zeit der Coronavirus-Pandemie behindern zusätzlich die Folgen der Sanktionspolitik die Bemühungen im Bereich der Entwicklung und des Kampfes gegen Hunger in der Welt.

Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen den Sanktionen seitens der Europäischen Union und der anderen Länder gegen die Kalibranche der belarussischen Wirtschaft und den zunehmenden Ernährungsrisiken in der Welt, sowie der Gefahr der globalen Nahrungsmittelkrise. Angesichts des aktuellen Anteils von Belarus auf dem Weltmarkt der Kalidünger (20%) wird das Verbot der Exporte von dieser belarussischen Produktion offensichtlich zum Kostenanstieg sowohl der Dünge- als auch der Nahrungsmittel führen (bzw. führt bereits jetzt). Das trägt zur Erhöhung der Zahl der hungernden Menschen auf dem Planeten bei. Und das sind nicht nur unsere Einschätzungen. Ähnliche Schlussfolgerungen ziehen die UNO, die FAO und eine Reihe von internationalen Unternehmen und Verbänden im Bereich des Handels mit den Kalidüngern und den Lebensmitteln.

Es drängt sich in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob sich die Länder, die gegen die belarussische Kalibranche Sanktionen einführen, dieser tatsächlichen weltumfassenden Gefahr bewusst sind oder sie diese lieber zugunsten etwaigen ephemeren Zielen absichtlich übersehen und den Sanktionsdruck auf Belarus zunehmen lassen?

Der UN-Generalsekretär hat am Rande der 76. UN-Generalversammlung im September dieses Jahres den Gipfel zu Ernährungssystemen einberufen, in dessen Folge die Staaten ihre Bemühungen um die Hungerbekämpfung sowie um den besseren Zugang zur gesunden Ernährung zugesichert haben. Wie es dabei angemerkt wurde, sei dieses Problem nicht zu lösen, ohne dass der Zugang der Agrarproduzenten zu den für sie bezahlbaren Düngern im ausreichenden Umfang gewährleistet wird.

Im Sinne der Deklaration des Weltgipfels zur Ernährungssicherheit ruft Belarus dazu auf, auf die Sanktionen zu verzichten, die nicht nur den internationalen Verpflichtungen, einschließlich im Rahmen der Agenda 2030, widersprechen, sondern auch den Bestimmungen der UN-Charta und der Resolution der UN-Generalversammlung über die einseitigen restriktiven Maßnahmen zuwiderlaufen.